die Luft gesprengt. Die Polizei feuerte und tötete einen Mann.

Belgien.

× **Die Kriegsverluste.** Wie in der belgischen Kammer auf Anfrage mitgeteilt wurde, sind auf belgischer Seite während des Krieges an Soldaten ausschließlich der Offiziere 32 963 Mann gefallen. Auf 23 getötete Soldaten kam ein getöteter Offizier.

Rußland.

× **Aufruhr in Kronstadt.** Die Matrosen in Kronstadt hatten eine Abordnung nach Moskau entsandt, um von der Sowjetregierung größere Lebensmittelrationen zu erhalten. Diese Abordnung wurde jedoch verhaftet. Trotzki gab den Befehl, daß der Matrosenrat in Kronstadt zurücktreten solle. Dieser Befehl wurde von den Matrosen mit der Verhaftung aller Zivilbeamten der Sowjetregierung beantwortet. Die aus Moskau nach Kronstadt entsandten Truppen haben sich bisher passiv verhalten. Die Lage ist gegenwärtig die, daß Petersburg von den Kanonen Kronstadts beherrscht wird und daß die aufrührerische Kronstädter Garnison die Macht in Händen hat.

Amerika.

× **Der Streit um die deutschen Kabel.** Die Kabel-Kommission wurde vertagt, da die auswärtigen Vertreter sich mit ihren Regierungen beraten wollen. Vor allem wünschte der französische Botschafter Jusserand, neue Anweisungen aus Paris zu erhalten. Staatssekretär Davis erklärte, daß die Kabelfrage vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten erledigt sein werde.

Unsinn in Reinkultur.

Der Zank um die deutschen Farben.

Die offiziöse Londoner „Westminster Gazette" schreibt: Unsere Schutzzöllner und Entschädigungsjäger haben jede mögliche Aktion in der Frage der deutschen Farbstoffe ergriffen. Sie scheinen jedoch von den Ergebnissen nicht befriedigt zu sein. Zuerst haben sie Deutschland gezwungen, durch eine Bestimmung im Vertrage von Versailles dem Reparationsausschuß ein Viertel seiner jährlichen Farbstofferzeugung auszuliefern. Dies wurde vermutlich getan, um unseren Textilfabrikanten eine reichliche Versorgung mit tadelloser Farbe zu sichern. Dann schritten sie im Interesse der Farbindustrie dazu, ein Gesetz anzunehmen, das der Einfuhr deutscher Farben jede mögliche Schwierigkeit in den Weg legt, und das durch eine Politik eingegeben war, die der entsprechenden Bestimmung des Friedensvertrages direkt entgegensteht. Jetzt wird die Klage laut, daß die deutsche Farbstoffindustrie so blühe, daß sie in der Lage sei, unsere ausländischen Märkte zu überfluten. Die ganze Frage ist ein Teil des Streites wegen der Entschädigung. Zuerst fordern wir die Entschädigung und einen Teil davon in Farben. Dann erklären wir, wir wollen keine Farbstoffe haben, und zwar wegen des Schadens, der dadurch unserer eigenen Farbindustrie zugefügt wird. Dann finden wir, daß der Markt ein Weltmarkt ist, und daß die deutschen Farben ihn überschwemmen. So wird es wahrscheinlich mit jeder Art von Waren sein, mit denen die Entschädigung bezahlt werden soll.

Was wird Amerika tun?

Die Vereinigten Staaten und die Londoner Konferenz.

In der Presse des Auslandes, wie nicht minder in der Deutschlands, findet ein großes Rätselraten darüber statt, wie sich Amerika zu den Pariser Beschlüssen vom 29. Januar stellen wird. Amerika ist zurzeit ungefähr aktionsunfähig. Präsident Wilson tritt nach etwa drei Wochen von der Weltbühne ab, auf der er eine für Deutschland so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Sein im November 1920 gewählter Nachfolger Harding von der republikanischen Partei hat Wilson ersucht, den amerikanischen Kongreß zum 4. März einzuberufen. Der Grund für diese in der Geschichte Amerikas einzig dastehende Eile des kommenden Mannes ist der Wunsch Amerikas, bei den in Europa sich vorbereitenden Entscheidungen ein Wort mitsprechen zu können. Präsident Harding wird also am 4. März die Grundlinien seiner Politik entwerfen und sein Ministerium bilden. Man nennt den früheren Gegenkandidaten Wilsons Hughes und den ausgesprochenen Vertreter amerikanischer Geldmagnaten Root als Kabinettchefs. Eine Einwirkung Amerikas auf den Gang der Ereignisse in Europa ist vor Mitte oder Ende März nicht zu erwarten.

Man hat von dem Interesse Amerikas in der Wiedergutmachungsfrage das Verschiedenartigste behauptet. Man hat gesagt, Amerika werde die übermäßige Schwächung eines guten Kunden und Lieferanten wie Deutschland in Europa nicht dulden und vor allem sich gegen die uns auferlegte 12prozentige Ausfuhrabgabe wehren, welche doch letzten Endes vom verbrauchenden Ausland und damit auch von Amerika getragen werden müßte. Von anderer Seite dagegen ist behauptet worden, Amerika dulde nicht nur die weitgehende Wahrung der französischen Interessen, sondern sehe damit auch den eigenen Interessen am besten damit gedient. Amerika hat nämlich aus der Kriegszeit her Forderungen von vielen Milliarden Dollar an seine europäischen Verbündeten. In Amerika hat man augenscheinlich größeres Vertrauen zu der wirtschaftlichen Entwicklung des geschlagenen Deutschlands als zu der des siegreichen Frankreich. Amerika würde deswegen bereit sein, Frankreich aus dem Schuldverhältnis freizugeben und dagegen die französischen Ansprüche an Deutschland zu übernehmen. Trifft diese letzte Annahme zu, so hat Amerika ein unmittelbares großes Interesse daran, die Bedeutung und die Folgen der Pariser Beschlüsse genau kennen zu lernen und zu werten. Der italienische Außenminister, Graf Sforza, hat im Senat zu Rom festgestellt, die Ausfuhrabgabe sei „mißverstanden" worden. Sie sollte gar nicht an der Grenze vorweg erhoben werden und damit die Preise für deutsche Ausfuhrgüter verteuern, sondern nachträglich von den Devisen einbehalten werden, welche der deutsche Exporteur für seine Ware erhält. Es ist nicht zu erkennen, wie diese Form der Abgabe für Deutschland erträglicher und für das Ausland weniger bedenklich sein soll. Der Exporteur muß den kommenden Abzug vom Erlös seiner Ware natürlich vorweg kalkulieren, es sei denn, daß ihn das Reich für seine Abzüge entschädigt. Zahlt das Reich dem Exporteur den Abzug in heimischem Papiergeld, so bedeutet das nichts anderes als eine Erhöhung der ohnehin schon unerträglich hohen Jahresraten.

Amerika, das zur Finanzierung der Wiedergutmachungsschuld gewonnen werden soll, hat ein Interesse sowohl an den deutschen Finanzen, wie am deutschen Außenhandel. Es bedeutet eine Verschlechterung, wenn bei einem etwaigen amerikanisch-deutschen Kreditgeschäft einseitige bevorrechtigte Forderungen Dritter festgesetzt werden. Amerika scheint von der Art Wilsons gründlich kuriert zu sein und dürfte sich wieder der nüchternsten Geschäftspolitik zuwenden. Für eine solche amerikanische Politik bieten die Pariser Beschlüsse allerdings keine geeignete Grundlage. Cr.

„Konsul" und Millionenschieber.

Herr Simon in verschiedenen Rollen.

z. Berlin, im Februar.

Eine ganz wundersame Geschichte macht gegenwärtig viel von sich reden. Eingeleitet wurde sie durch die kurze Notiz, daß der angebliche „Konsul" Simon, der in einen großen Millionenschieberprozeß verwickelt ist, sich im Auto ins Ausland begeben habe. Es handelt sich bei den Schiebungen, die von einem jüngst sanatoriumsreif gewordenen Herrn Cohen geleitet wurden, und die besagtem Cohen einen Reinverdienst von sage und schreibe 70 Millionen Mark gebracht haben sollen, um Bezugsscheine für Sprit. Doch das nur nebenbei, denn das Hauptinteresse wendet sich jetzt nicht mehr Herrn Cohen, sondern Herrn Simon zu.

Dieser Herr Leo Simon, der sich zum Judentum bekennt, hat es fertig gebracht, sich unter die Deutschnationalen, die wahrscheinlich von seinem sehr anrüchigen Vorleben keine Ahnung hatten, zu mischen und hier den Antisemiten mit dem Hakenkreuz zu spielen. Er war ein wahres Genie in der Erfindung von Titeln, die er sich selbst beilegte, und ließ sich bald „Herr Konsul", bald „Herr Doktor", bald „Herr Leutnant" nennen, obwohl er nie eine diplomatische Laufbahn eingeschlagen, nie eine Universität besucht und nie einen militärischen Rang — es sei denn den eines schlichten Musketiers — bekleidet hat. Er kam wegen seiner Titelsucht wiederholt mit den Gerichten in Konflikt und wurde vom Landgericht in Mannheim, das für die Aburteilung seiner Großtaten zuständig war, auch bestraft, aber eines Tages waren sämtliche Strafakten in Sachen Simon spurlos und auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Als „Offizier" wurde Leo Simon einmal in Frankfurt a. M. von einem Schutzmann zur Wache gebracht und aller seiner Orden und Ehrenzeichen, die er sich gleich den Titeln selbst verliehen hatte, entkleidet.

Bei Beginn der Revolution stellte Herr Simon sich der neuen Regierung zur Verfügung. Man bedankte sich aber für die Dienste des merkwürdigen Staatsmannes, und aus Wut darüber wechselte Herr Simon prompt von links nach rechts hinüber. Während der Kapp-Tage wurde er dann eine der vielen Eintagsgrößen, die rasch wieder von der politischen Bildfläche verschwanden. Er drängte sich an Ludendorff heran und stellte diesem sein mit einem Hakenkreuz geschmücktes Auto zur Verfügung. Er war auf diese gelungene Tat so furchtbar stolz, daß er sich schon mit einem Gesandtenposten in Paris belohnt sah. Über seine weitere fruchtbare Tätigkeit im Schoße der Partei, der er sich angegliedert hatte, gibt erschöpfende Auskunft eine Charakteristik dieses modernen Helden durch die „Germania", der wir die Verantwortung für ihre Mitteilungen überlassen müssen. Es heißt da wörtlich: „Dieser „Konsul" Simon hat vor einigen Wochen sich noch öffentlich und gegenüber Zeugen gerühmt, daß er der Arrangeur der gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger gerichteten Agitation ist. Er habe keine Geldmittel gescheut, um Erzberger mit allen erdenklichen Mitteln zu bekämpfen, und ein großer Teil der Presse habe sich ihm zur Verfügung gestellt. Durch seine Organisation habe auch Helfferich das meiste Material gegen Erzberger erhalten."

Und man erfährt durch dasselbe Blatt auch, wie Simon zu seinem Erzberger-Prozeß gekommen ist. Er suchte durch Vermittlung eines höheren Offiziers im Sommer 1919 Erzberger zu sprechen und stellte an ihn eine Forderung von etwa 60 Millionen Mark für Verluste an einer Pulverfabrik, bei der er interessiert war. Dieser Forderung konnte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht entsprochen werden. Seither war der Herr „Konsul" recht schlecht auf den Reichsfinanzminister zu sprechen.

Alles in allem ein außerordentlich „verdienstvoller" Mann, eine jener Sumpfblüten, die der Krieg zu Hunderten, zu Tausenden an die Oberfläche getrieben hat, und die nun in den verschiedensten politischen Lagern durch grobe Täuschung aller ehrlichen Männer ihre „segensreiche" Tätigkeit entwickeln.

*

Erklärung der Deutschnationalen.

Das Bureau der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin erläßt eine Erklärung, in der es heißt: In dem Artikel „Es lebe die Korruption" behauptet der Vorwärts, daß ein angeblicher Konsul Simon, der an großen Spiritusschiebungen beteiligt gewesen sei und dann nach dem Auslande sich begeben habe, Helfferich das meiste Material gegen Erzberger geliefert habe und der „Vertrauensmann" Helfferichs gewesen sei. Wir stellen fest, daß von dem ganzen Material, das Helfferich in seinem Pressefeldzug und seinem Prozeß gegen Erzberger vorbrachte, nichts von dem angeblichen Konsul Simon herrührte, und daß Helfferich zu diesem angeblichen Konsul niemals irgendwelche Beziehungen gehabt habe.

Bürgerkrieg in Persien?

Allgemeine Verwirrung.

Die Zustände in Persien haben sich zu einem Bürgerkriege zugespitzt. Der rechtmäßige Herrscher, Sultan Achmed Schah, ist aus der Hauptstadt geflohen, und man spricht davon, daß er auf den Thron verzichtet hat. Genaueres ist eigentlich nicht bekannt.

Vor dem Kriege war bekanntlich Persien ein Zankapfel zwischen Rußland und England, bis die beiden Länder sich das Gebiet einfach teilten. Die nördliche Hälfte wurde russische Interessensphäre, die südliche dagegen englische. Daß Rußland darauf einging, war auffallend genug, denn es verbaute sich dadurch den ersehnten Weg zum Meere. Aber man versteht es, wenn man bedenkt, daß den Russen Konstantinopel versprochen war.

Als nun die zaristische Macht im Weltkriege zusammenbrach, hatte England Oberwasser. Es schloß mit Persien einen „Handelsvertrag", der einfach alle Straßen, Eisenbahnbauten, die Post, Petroleumquellen und sonstige Bodenschätze, das Militär usw. an England auslieferte. Die Ausführung dieses sogenannten Handelsvertrages machte einfach das Land zur englischen Kolonie, und das englische Reich von Ägypten bis Indien war damit fertig. Die Perser aber waren für die englische Herrschaft doch noch nicht reif. Sie weigerten sich, den Vertrag zu unterschreiben. Die orientalische Diplomatie ist im Verzögern und Verschieben besonders groß. Schließlich riß den Engländern die Geduld, sie zogen die Schutztruppe, die sie bis dahin dort unterhalten haben, zurück. So sagen sie, vielleicht war das Zurückziehen nicht ganz freiwillig. Die Perser aber verhandelten mit dem bolschewistischen Rußland, das mit üblicher Großzügigkeit auf alle früheren Rechte in Persien verzichtete, dafür aber die Einführung einer Sowjetregierung in Persien verlangte. Wie die Moskauer sich das denken, ist ihre Sache.

Eine Folge dieser eigenartigen Vorgänge ist nun, daß der Schah geflohen ist. Als rechtmäßiger Nachfolger gilt sein jüngerer Bruder Mirza Muhamed Hassan, geb. 1899, zurzeit Gouverneur von Asserbeidschan und dort eigentlich unabhängiger Fürst. Aber auch noch ein älterer Bruder ist da, der Ansprüche erhebt. Er ist allerdings nicht ganz ebenbürtig, Sohn einer Sklavin, aber das macht nicht viel aus, denn in den Ländern mit Vielweiberei ist der Unterschied zwischen Gattin und Favoritin nicht so bedeutend, und mehr oder minder illegitim sind sie da alle. Außerdem aber existiert noch der Vater Mehemed Ali, der frühere Schah, 1909 durch eine Revolution vertrieben, nachdem er vor dem Parlament in Teheran hatte Kanonen auffahren lassen. Mehemed Ali war dann nach Rußland geflohen, wo ihn der Zar mit offenen Armen aufnahm; er soll sich aber auch mit den jetzigen Machthabern in Moskau ganz gut stehen. Möglich, daß er wieder auf der Bildfläche erscheint.

So ist denn die Verwirklichung des englischen Reiches Kap—Kairo und Kairo—Kalkutta doch noch etwas verschoben. Wenn natürlich Persien wirklich in einen Thronfolge- und Bürgerkrieg versinkt, wird es erst recht eine Beute der Fremden sein. N. M.

Die weltliche Schule.

1. Was ist die weltliche Schule?

Die Kinder in den Volksschulen, nicht aber in den höheren Schulen, wurden bisher in allen Fächern nach den verschiedenen Konfessionen getrennt unterrichtet. Der ihnen gebotene Religionsunterricht betonte die Glaubenssätze (Dogmen) ihrer Konfession, verlangte von den Kindern den Glauben an diese Lehren und hob die Gegensätze zu anderen Glaubensgemeinschaften hervor. Diesen Zustand wollen die Vertreter der Kirche erhalten wissen. Es soll auch weiterhin Schulen für Protestanten, für Katholiken, für Freigläubige usw. geben. Daneben gewährleistet die Reichsverfassung noch die Errichtung von Weltanschauungsschulen: Schulen für Anhänger der natürlichen Weltanschauung usw. Es steht schon heute fest, daß diese Weltanschauungsschulen in nicht geringer Zahl entstehen werden. So wird es statt der allgemeinen Volksschule mit reicher innerer Gliederung nur kleine Schulkörper geben, die einen leistungsfähigen organischen Ausbau nicht ermöglichen. Einrichtungen für Hochbegabte, für Schwachbefähigte, für Sonderbegabte, Kurse in Fremdsprachen, im Werkunterricht, im Zeichnen u. a. werden diese Zwergschulen schon in großen Städten kaum einzurichten vermögen, in mittleren und kleineren Orten wird dieser Ausbau bei der Zerschlagung des Schulwesens überhaupt nicht erfolgen können. Außerdem aber wird eine derartige Zersplitterung des Schulwesens die ohnehin starke Zerklüftung des deutschen Volkes nur verschärfen. Sie wird nicht nur die Gegensätze in Glaubens- und Weltanschauungsfragen vertiefen und verewigen, die Aufteilung des Schulwesens in Konfessions- und Weltanschauungsschulen wird auch als politische Scheidung wirken. So würde die Schule mitwirken an der Entfremdung weiter Volkskreise untereinander. Soll das in alle Zukunft geschehen? Wer aufrichtig das Wohl des gesamten Volkes will, wird bekennen, daß die der ganzen Volksgemeinschaft erwachsenden Aufgaben nicht gelöst werden können, wenn sich die einzelnen Volkskreise von einander abschließen, sondern wenn sie zusammenstehen und die ihnen zufallenden Aufgaben aus gegenseitigem Verstehen heraus zu erfüllen bestrebt sind. Die Anbahnung eines solchen Verstehens ist die allernotwendigste nationale Aufgabe. Nur eine neutrale Schule vermag sie zu lösen: eine Schule, die über Konfessions- und Weltanschauungsschulen steht; eine Schule, die von allen Kindern des Volkes gemeinsam besucht wird. Das ist die weltliche Schule. Sie ist die Schule, die in Erfüllung aller ihr sonst zufallenden, im Wesen der Erziehung begründeten Aufgaben die Jugend zur Duldung, zur Achtung vor des Nächsten Ueberzeugung erzieht. Und sie ist weiterhin die Schule, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die die Reichsverfassung allen Deutschen zusprecht, auch ihren Schülern gegenüber übt. Toleranz und Glaubens- und Gewissensfreiheit sind die reifsten, besten Früchte der Kultur. Noch immer hat man nur davon gesprochen, noch stehen sie vielfach nur auf dem Papier: Die weltliche Schule will sie durch die Erziehung und die Organisierung des Schulwesens umsetzen in die Tat.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 15. Februar 1921.

Merkblatt für den 16. Februar.

Sonnenaufgang	7^{17}	Mondaufgang	10^{34} V.
Sonnenuntergang	5^{33}	Monduntergang	1^{46} N.

1826 Dichter Viktor v. Scheffel geb. — 1834 Naturforscher Ernst Haeckel geb. — 1920 Einverleibung des Staates Koburg in Bayern.

☐ **Beförderung nach dem Militärtarif.** Eine Vergünstigung für ehemalige Angehörige der Reichswehr bei ihrer Entlassung hat der Militärtarifausschuß beschlossen. Sie durften schon bisher zu den Sätzen des Militärtarifs befördert werden, wenn sie die Reise noch am Entlassungstage antreten. Jetzt ist dies auch dann zulässig, wenn sie erst innerhalb der im öffentlichen Verkehr zulässigen Geltungsdauer der Fahrkarten die Reise antreten wollen und die Fahrkarte wenigstens noch am Entlassungstage lösen und von der Fahrkartenausgabe abstempeln lassen. Die Frist beträgt vier Tage mit Einschluß der Abstempelung. Ein anderer Beschluß des Ausschusses geht dahin, daß die Sonderzüge für heimkehrende Kriegsgefangene Militärtransporte sind, so daß auch die als Begleiter beigegebenen bürgerlichen Personen Anspruch auf den Militärtarif haben. Es gilt dies auch für ihre Rückreise zu den Durchgangslagern, selbst wenn diese Rückreise einzeln erfolgt. Frachtsendungen zwischen den Abwicklungsstellen werden nach den Sätzen des Militärtarifs berechnet. Für Reisen der Kriegsgefangenen zum Kirchenbesuch sind dagegen Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs zu lösen.

☐ **Die Bestimmungen über die Aufbewahrung des Gepäcks auf den Bahnhöfen** und die Beförderung von Kostbarkeiten als Expreßgut erfahren ab 1. März wesentliche Änderungen. Die Aufbewahrungsgebühr für jedes Stück und die beiden ersten Tage zusammen ist auf 60 Pf., für jeden weiteren Tag auf weitere 60 Pf., für Kraftfahrräder auf je 3 Mark festgesetzt. Dabei wird die Haftsumme der Eisenbahn für die Aufbewahrungsstücke auf 500 Mark erhöht. — In der Beförderung von Kostbarkeiten als Expreßgut werden die Bestimmungen dahin geändert, daß alle Gegenstände, deren Wert für 1 Kilogramm Reingewicht des unverpackten Gegenstandes 150 Mark übersteigt, als Kostbarkeit angesehen werden. Wenn Wert oder Interesse an der Lieferung mit mehr als 2000 Mark angegeben ist, so wird die Beförderung abgelehnt. Der Wert muß auf der Paketkarte angegeben werden.

× **Naunhof.** Der Zitherverein Grimma hat bei seinem erstmaligen Auftreten in Naunhof einen rühmlichen Erfolg davongetragen und kann mit Recht gesagt werden, daß die Ortsgruppe Naunhof des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen, die dieses Konzert zum Besten ihrer Unterstützungskasse in die Wege geleitet, mit dem Engagement dieser Musikkünstler einen guten Griff getan hat. Es erübrigt sich, auf die Darbietungen näher einzugehen, denn der lebhafte Beifall den die sehr zahlreichen Besucher spendeten, ließ erkennen, daß die hohen Ziele, die der Zitherverein bei seiner

SLUB
Wir führen Wissen.